



<b>ANTRAG</b>	Vorlage Nr.:	<b>2019/0065</b>
CDU-Gemeinderatsfraktion		
<b>Keine Beteiligung an der Studie "Cannabis zu Genusszwecken"</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>26.02.2019</b>	<b>19</b>	<b>x</b>	

Die Stadt Karlsruhe beteiligt sich nicht an einer Studie zum Thema „Cannabis zu Genusszwecken“ und distanziert sich von diesem Vorhaben.

**Sachverhalt/Begründung:**

In der Stellungnahme der Verwaltung zum KULT-Antrag „Kooperationspartner für Cannabis-Modellprojekt gewinnen“ (Vorlage Nr. 2018/0581 unter Federführung des DEZ 3) wird vorgeschlagen, dass sich Karlsruhe weiterhin an den Düsseldorfer Gesprächen und gegebenenfalls an der Erarbeitung einer gemeinsamen Studie beteiligen solle. Diese Studie soll das Thema „Cannabis zu Genusszwecken“ aufgreifen und analysieren.

Einen ähnlich lautenden Antrag wie die KULT-Fraktion haben die Fraktionen der FDP, GRÜNEN und LINKEN im Bundestag gestellt. Die Stellungnahme der Bundes-ärztekammer<sup>1</sup> auf den Antrag der Bundestagsfraktionen warnt deutlich vor den Folgen einer Legalisierung von Cannabis und den damit einhergehenden gesundheitlichen Schäden für Erwachsene und Jugendliche. Um dies zu belegen, werden unterschiedliche Studien angeführt. Nach unserer Auffassung ist es nicht notwendig, dass Kommunen Studien in Auftrag geben, die einen potenziell geringeren Probandenkreis aufweisen als die zitierten internationalen Studien.

Eine Studie mit dem Titel „Cannabis zu Genusszwecken“ würde zudem verharmlosen, was Cannabis ist. Es ist eine Einstiegsdroge, deren gesundheitliche Folgen lediglich von einem geringen Teil der Bevölkerung bagatellisiert werden. In den angeführten Studien der Bundesärztekammer wird auch angeführt, dass sich mit der Legalisierung von Cannabis dessen Konsum deutlich steigert und auch Jugendliche, für die ein regelmäßiger Cannabiskonsum besonders schädlich ist, leichter Cannabiserhalten können. Die Stadt Karlsruhe sollte sich an einer derart gestalteten Studie nicht beteiligen.

Der in Karlsruhe beschlossene Drogenkonsumraum dient als Maßnahme, um abhängigen Menschen zu helfen und sie zu unterstützen. Mit der Legalisierung von Cannabis würde diese Maßnahme konterkariert. Der Drogenkonsumraum und vor allem die damit verbundene Betreuung im medizinischen und sozialpädagogischen Bereich ist als eine von mehreren Maßnahmen geplant gewesen, um die Drogenszene am Werderplatz nicht weiter eskalieren zu lassen.

unterzeichnet von:  
Tilman Pfannkuch  
Dirk Müller